

Pressemitteilung

Pressekonferenz des IGSF am 08.12.2004 in Berlin

- Kurzfassung -

Kopfpauschale oder Bürgerversicherung: unkalkulierbare Folgen

Die politische Diskussion über die Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung reduziert sich überwiegend auf die beiden Schlagworte „Bürgerversicherung“ oder „Kopfpauschale / Gesundheitsprämie“. Dabei geht es der Politik um die Veränderung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Was nicht diskutiert wird, sind die mit der Umsetzung dieser Konzepte verbundenen Probleme und Auswirkungen. Das Fritz Beske Institut für Gesundheits-System-Forschung (IGSF) Kiel hat diese Problematik aufgearbeitet.

„Die Umsetzung der bislang bekannten Vorschläge ist mit tiefgreifenden Veränderungen verbunden. Gerechtigkeitsdefizite, Steuererhöhungen und zahlreiche Einsprüche bei Krankenkassen, gefolgt von Klagen bei Sozialgerichten, sind zu erwarten. Sozialgesetze und Steuergesetze müssen geändert werden. Ein erheblicher und in seinen Kosten unkalkulierbarer Verwaltungsaufwand ist vorprogrammiert“, ist die Schlussfolgerung von Prof. Fritz Beske, Direktor des IGSF.

Am Beispiel Entwicklung der Bürgerversicherung zu einer Volkskrankenversicherung mit Einbeziehung von Beamten, Selbstständigen und über die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze aller Arbeitnehmer in die gesetzliche Krankenversicherung, verdeutlicht er mögliche Auswirkungen. So würde die PKV nicht nur einen Teil ihres Geschäftsbereichs verlieren, sie wäre nicht überlebensfähig. Dies hätte für das Gesundheitswesen finanzielle Auswirkungen, da niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser viele Investitionen nur aus Erlösen der Privatpraxis finanzieren können.

Beske resümiert: „Die wirklichen Probleme politischer Vorgaben werden erst bei der Abfassung eines Gesetzentwurfs deutlich. Aus diesem Grunde sollten die Parteien jetzt ihre Gesetzentwürfe vorlegen. Erst dann können die Wählerinnen und Wähler die Tragweite von Reformoptionen verstehen und bewerten. Eine Diskussion über Eckpunkte reicht nicht aus. Die Bevölkerung muss wissen, was für sie die Umsetzung von Veränderungsoptionen in der gesetzlichen Krankenversicherung bedeutet.“